

Artikel vom 22.10.2019

Parteitag beschließt AKE-Antrag

## Sichere, bezahlbare und umweltschonende Energieversorgung



Am 19. Oktober haben die Delegierten des 85. Parteitages der CSU in München mit großer Mehrheit dem Antrag "Sichere, bezahlbare und umweltschonende Energieversorgung" zugestimmt. Der AKE hat mit den Delegierten Dr. Anja Weisgerber MdB, Dr. Andreas Lenz MdB, Benjamin Miskowitsch MdL, Dr. Martin Huber MdL und Dr. Stefan Kluge prominente Unterstützer für den Antrag gewonnen und dankt ihnen und den Delegierten von Herzen. Dies ist ein starkes Signal für die Energiewende und den Klimaschutz!

Der Antrag im Wortlaut:

### **"Der Parteitag möge beschließen:**

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert, sich für eine sichere, bezahlbare und umweltschonende Energieversorgung einzusetzen und damit sicherzustellen, dass die im Pariser Abkommen von 2015 vereinbarten und von der Bundesregierung beschlossenen Klimaziele auf nationaler Ebene erreicht werden.

### **Begründung:**

Unser Ziel ist eine klimaneutrale Energieversorgung, die Versorgungssicherheit in Deutschland

garantiert und für Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt. Dafür wollen wir die folgenden Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene konsequent vorantreiben:

Zur Steigerung der Energieeffizienz setzen wir auf eine enge Kopplung der Bereiche Strom, Wärme und Verkehr (Sektorkopplung).

Wir wollen erneuerbaren Energien sozialverträglich ausbauen und die Energieinfrastruktur sowie die Bedingungen für verschiedene Speichertechnologien optimieren. Das Energiesystem der Zukunft ist für uns flexibel und digital und reagiert intelligent auf die jeweiligen Erzeugungs- und Einspeisebedingungen.

Im Fokus stehen dabei für uns innovative Technologien und kreative Lösungsansätze. Dabei verfolgen wir einen technologieoffenen Ansatz und sind der Überzeugung, dass sich die beste Technologie auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen wird. Dabei gilt es regulatorische Hürden abzubauen und wettbewerbsrechtliche Verzerrungen zu bereinigen.

Wir wollen gesellschaftliche Akzeptanz durch transparente Prozesse und offene Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern schaffen.